JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

REDAKTION UND VERLAG: OSCAR GRÜN

JEWISH PRESS NEWS ASSOCIATION

Erscheint 1—2 mal wöchentlich
Jahresabonnement Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50



ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 10
TEL.: SELNAU 32 51

BUREAU CENTRAL DE LA PRESSE JUIVE

Postcheck-Konto VIII 5166
Telegramm-Adresse: „PRESSCENTRA ZÜRICH"

Abonnements nehmen sämtliche Postanstalten des In- und Auslandes entgegen.

Nummer 47	1. August 1919	ה׳ אב תרע״ט	Preis 30 Cts.

Ströme jüdischen Blutes fliessen in der Ukraine.

Das Komitee der Jüdischen Delegationen in Paris, veröffentlicht unter obigem Titel nachfolgenden Bericht: Unerschütterliche Beweise haben gezeigt, dass die Dementis der jüdischen Massakers in der Ukraine falsch sind. Eine Vertrauensperson, die jüngst aus Rumänien und Bessarabien nach Paris gekommen ist, hat dem Komitee der Jüdischen Delegationen einen Bericht erstattet, der nicht in Zweifel gezogen werden kann. Während der letzten 6 Monate wurden Zehntausende von Juden massakriert und Hunderttausende beraubt, geschlagen und misshandelt. Die schrecklichen Tage der Inquisition wiederholen sich, denn die Massakers haben die grausamsten Torturen und die furchtbarsten physischen und moralischen Leiden im Gefolge. Ein mündliches Verhör des Rabbiners und anderer jüdischen Persönlichkeiten Chotins, bestätigt diese, Schaudern erregenden Geschehnisse. Die Pogrome dauern an und bedrohen die Juden mit gänzlicher Ausrottung. Die letzten Massaker über die wir Nachricht erhielten, haben im Juni in Kamenetz-Podolsk, Kitaigorod und Urinin stattgefunden. Wir besitzen nur fragmentarische Berichte aus diesen, von der ganzen Welt isolierten Gegenden, aber diese Berichte sind schauderhaft und im Stande die härtesten Seelen mit Schrecken zu erfüllen. Die Namen nur einiger der heimgesuchten Orte mögen folgen:

Gitomir: Vollständige Zerstörung, 70 Tote und Hunderte von Verwundeten.

Berditschew: Plünderungen und 30 Tote. Der Pogrom wiederholte sich zweimal.

Proskurow: Laut Angaben von Dr. Kern, Arzt in Woloczyska, 3964 Juden getötet.

Bjelaja Cerkiew: Zahlreiche Tote und 50 vergewaltigte Frauen.

Stepanze: Viele jüdische Mädchen vergewaltigt, die ganze Bevölkerung heraubt.

Felschtyn: Tausende von Seelen, die ganze jüdische Bevölkerung massakriert; blos 25 jüdische Familien wurden verschont. Die Pogromhelden warfen Brandbomben in die Keller und die anderen Orte, wo die Juden Zuflucht gesucht hatten. Das ganze jüdische Viertel, mitsamt seinen Einwohnern, wurde ein Raub der Flammen.

Letitschew: Viele Tote.

Balta: 90 Tote.

Ananiew: 62 massakrierte Juden.

Nietschajewka: Die ganze jüdische Bevölkerung massakriert. Alle jüdischen Ansiedelungen im Gouv. *Jekaterinoslaw* zu Grunde gerichtet.

Uman: Mehrere Hundert Familien tot.

Kamenetz-Podolsk: Mehr als hundert Juden getötet, alles vernichtet.

Kitaigorod: 77 getötete Juden, eine Menge von Verletzten.

Urinin: 40 getötete Juden.

Die lange Liste enthält mehr als 80 Orte, in denen Pogrome stattgefunden haben. In den meisten Fällen dauerten die Massakers 5—7 Tage. In allen diesen Oertlichkeiten wurde die ganze jüdische Bevölkerung ausgeplündert. Unzählige Juden sind misshandelt und unaussprechlichen Gewalttätigkeiten ausgesetzt worden. Viele Frauen wurden vergewaltigt. Eine unbeschreibliche Panik hat sich der ganzen Bevölkerung der Ukraine bemächtigt.

Kamenetz Podolsk, 21. Juli. Das Warschauer Korr. Bureau meldet: Bolschewistische Quellen berichten, dass die Banden *Grigoriews* ungeheure Judenpogrome veranstalten. In der letzten Zeit sollen sie in *Uman* 6000 Juden ermordet haben.

Aus *Schepetowka* meldet dasselbe Büro: Aus massgebenden Quellen wird gemeldet, dass im ganzen Kreis *Jampol* ein Bauernaufstand unter Führung eines gewissen Schischo gegen die Bolschewisten ausbrach. Es bildete sich eine Regierung der Jampoler Republik. Aehnlich verhält es sich auch im Rayon von *Rowno*, *Zdolbunowo*, *Ostrog*, *Kriwin* und *Nowograd-Wolynsk*. Bei diesen Banden, wie auch bei Petljuras Truppen verbreitet sich der Antisemitismus auf unerhörte Weise. Nach bolschewistischen Zeitungen sind in letzter Zeit in diesen Gegenden gegen 60,000 Juden ermordet worden.

Ein Judengemetzel in Odessa.

Das rumänische Pressbüro meldet aus Kischinew: Aus Odessa eingetroffene Flüchtlinge erzählen, dass in Odessa ein grosser Pogrom stattgefunden hat. Die Truppen des Generals *Grigoriew*, die Odessa besetzt halten, haben eine erbitterte Verfolgung der Juden begonnen. Das Judenviertel in Odessa wurde zerniert,

worauf sich ein Gemetzel erhob, dem nicht ein einziger Jude entrann. Sodann wurde das Judenviertel in Brand gesteckt und die Feuersbrunst dauerte drei Tage und Nächte an. Unter dem Eindrucke der furchtbaren Ereignisse hat die jüdische Bevölkerung der ganzen Ukraine eine Trauer von 14 Tagen angeordnet, der sich die Juden von Bessarabien angeschlossen haben.

Ein Judenpogrom in Friedrichstadt.

Die „Frankfurter Zeitung" vom 27. Juli berichtet aus Mitau vom 25. Juli u. a.: In den letzten Tagen haben die nach Friedrichstadt gekommenen lettischen Truppen in viehischster Weise einen Judenpogrom veranstaltet, bei dem es zu Ermordungen und Verletzungen jüdischer Einwohner, insbesondere aber zu einer grossen Anzahl von Notzuchtverbrechen und Räubereien gekommen ist. Da die Regierung Ulmanis in den letzten Wochen vor ihrem Sturz im April, wiederholt in amtlichen Proklamationen, die sie im ganzen Lande anschlagen liess, zu Judenhetzen aufgefordert hat, so wird es ihr nicht gelingen können, die Verantwortung für diese Vorfälle von sich abzuwälzen. Die Ereignisse in Friedrichstadt sind so ungeheuerlich, dass selbst der lettische Volksrat sich veranlasst gesehen hat, eine Untersuchungskommission mit Ermittlungen über die Vorfälle zu betrauen.

Die Morgenthau-Kommission in Lodz.

Am 23. Juli hat sich die amerikanische Untersuchungskommission nach Lodz begeben, wo sie bis zum 25. weilte. Von dort begibt sie sich nach Wilna und Lida, wo sie etwa 10 Tage verbringen wird.

— „Manchester Guardian" vom 18. Juli schreibt: Der Wunsch der britischen Regierung, dass ein britischer Vertreter an der amerikanischen Untersuchungskommission in Polen teilnehmen soll, beweist die Unzufriedenheit mit den Berichten, die die Regierung von ihrem Vertreter in Warschau erhält.

Warschau. Den ersten Freitag Abend, den *Morgenthau* hier verbrachte, benutzte er dazu, um in Begleitung von General *Jadwin,* Prof. *Gothard* und weiterer zwei Mitglieder der amerikanischen Mission, die grosse Synagoge in der Tlumocka zu besuchen, wo er von der Verwaltung und Prediger Dr. Poznanski begrüsst wurde. Tausende von Juden bereiteten Morgenthau begeisterte Ovationen. Vor der Synagoge musste die Stadtmiliz durch blinde Schüsse das andrängende Publikum zurückhalten. Nach dem Gottesdienst speiste Morgenthau bei Dr. Poznanski in Gesellschaft führender Zionisten zu Abend und freute sich, einem echt jüdischen „Schabbostisch" beiwohnen zu können.

Die Berichte Gibsons und Wyndhams.

Der bekannte Wilnaer Schriftsteller *Sch. An . . . ski* richtete einen ausführlichen Offenen Brief an Wyndham, den englischen Gesandten in Warschau, worin er nochmals die Wilnaer Vorfälle in all ihren Scheusslichkeiten darlegt und auch die Kommission beschuldigt, dass sie die vorgebrachten Vorwürfe und Klagen überhaupt nicht untersucht habe. Der Brief schliesst: Ach, Herr Gesandte! es ist tragisch, dass jüdisches Blut wie Wasser vergossen wird. Aber noch tragischer ist es, dass ein offizieller Vertreter eines der kulturellsten Länder sich erlaubt, in einem offiziellen Berichte zum vergossenen jüdischen Blut so leichtfertig Stellung zu nehmen.

Auch Dr. *Schabad,* Präsident der Wilnaer jüd. Gemeinde, richtet einen Offenen Brief an Dr. Bogen, worin er ihn an seine, — Dr. Schabads — dem amerikanischen Botschafter gegenüber getanen Aussagen erinnert, wobei Dr. Bogen als Dolmetsch tätig war. Dr. Schabad beschreibt nochmals die bekannten tragischen Vorfälle und hält es für ganz unmöglich, dass Dr. Bogen bei Kenntnis der wahren Sachlage einen Bericht unterschreiben konnte, worin es heisst, dass in Wilna kein Pogrom stattgefunden habe.

Da diese Affäre immer weitere Kreise zieht, sah sich die Informations-Abteilung beim polnischen Ministerium zu folgender offizieller Mitteilung veranlasst: Man hat den amerikanischen Gesandten aufmerksam gemacht auf eine Pressenotiz über den Bericht, den Dr. Bogen wegen der Vorfälle in Wilna beim Einmarsche der polnischen Truppen übersandt hat. Diese Notiz, wie auch die weiteren Kommentare über den Charakter des Berichtes von Dr. Bogen, stützen sich nicht auf Kenntnis dieses Berichtes. Der amerikanische Gesandte bestreitet, dass Dr. Bogen der amerikanischen Regierung einen derartigen Bericht, wie er in den Zeitungen erwähnt wird, gesandt habe. Der amerikanische Gesandte hat zusammen mit Dr. Bogen und Oberst Bily der amerikanischen Regierung einen Bericht übersandt, der den Inhalt der Konferenz wiedergibt, die in Wilna mit Juden und Nichtjuden stattgefunden hat. Die Standpunkte Aller wurden genau wiedergegeben, ohne irgendwie zu versuchen, die vorgekommenen Vorfälle mit irgendwelcher beschreibenden Terminologie zu bezeichnen. Seit Dr. Bogens Ankunft in Polen, hat sich dieser ausschliesslich mit Wohltätigkeitsangelenheiten für Juden und Christen beschäftigt und an Politik keinen Anteil genommen. Diskussionen wie die jetzige, rufen nur Missverständnisse hervor, und der Gesandte hofft, dass man sie weiterhin vermeiden werde."

(Die Warschauer jüdischen Zeitungen, „Hajnt", „Moment" und „Judiszes Folk", wurden wegen der Veröffentlichung des Briefes von Sch. An . . . ski, der uns im Wortlaut vorliegt, konfisziert. J. P. Z.)

Sokolow englischer Minister?

Der „Hajnt" vom 24. Juli läßt sich aus London berichten, daß die Palästinafrage schon kommende Woche von der Friedenskonferenz entschieden werden dürfte. In den zionistischen Kreisen werden die letzten Vorbereitungen für diesen entscheidenden Moment getroffen. Die Stimmung ist optimistisch. Auch die Forderung, daß dem englischen Kabinett ein jüdischer Minister für Palästina angehören soll, ähnlich wie es für Indien der Fall ist, hat Aussicht auf Verwirklichung. Kanditat der Zionisten für diesen Posten soll Nahum *Sokolow* sein. (Nach den der J. P. Z. vorliegenden vertraulichen Meldungen, entspricht diese Nachricht, zumindest in ihrem ersten Teil, nicht ganz den Tatsachen.)

Amerika und die orientalische Frage.

Paris, 30. Juli. (Havas.) Der „Temps" sagt, dass entgegen der Information des „New-York Herald" Polk keine Weisung erhalten habe, die ihm gestatten würde, die Frage der amerikanischen Mandate im Orient zu

entscheiden. Das Blatt glaubt zu wissen, daß die amerikanische Regierung sich ihre Entscheidung vorbehalte und dem Kongreß die Aufgabe übertragen werde, zur Kenntnis zu bringen, daß Amerika die Verantwortlichkeiten im Orient übernehmen müsse.

(Daß mit dieser Entscheidung auch die endgültige Lösung der Palästinafrage eng verknüpft ist, bedarf keiner näheren Begründung. J.P.Z.)

Jüdische Massenauswanderungen nach Palästina.

Die zionistische Organisation von Amerika teilt mit, dass $1^1/_2$ bis 2 Millionen Juden aus allen Teilen der Welt nach Palästina gehen werden. Man erwartet, dass eine Million aus Russland kommen werde.

Der werdende Judenstaat.

Der Pariser Korrespondent des „Manchester Guardian" bespricht in einem längeren Artikel die beunruhigenden Berichte über die Lage in Arabien und die Gegensätze, die sich dort zwischen Frankreich und England äussern. Der Artikel schliesst: Alle diese Gerüchte müssen natürlich mit Rücksicht auf ihren Ursprung mit Vorsicht aufgenommen werden; indessen sind genügend Gründe vorhanden, sie ernst zu nehmen, was auch, wie man sagt, Lord Milner tut. Jetzt, wo die Palästinafrage in den Hauptlinien geregelt ist, ist es für die Sicherheit des werdenden zionistischen Staates zum mindesten nötig, dass die Situation in seiner Nachbarschaft, so weit nur möglich, geklärt, die Festsetzung der letzten Grenzen, sei es auch auf dem Wege eines etwas unidealistischen Marktens, erwirkt, und eine entschiedene und starke Politik geführt werde, bei der die Zionisten den ihnen zugewiesenen Anteil haben. Die Lage, wie sie gegenwärtig in verschiedenen Teilen des Landes herrscht, kann nicht andauern.

Aufhetzerische Aesserungen Paderewskis.

In der Sitzung der polnischen Friedensratifikations-Kommission vom 24. Juli äusserte sich *Paderewski* u. a.: Im Friedensvertrage mit Polen wurden zugunsten Deutschlands Aenderungen vorgenommen, die einerseits dem Einwirken der zionistischen Kapitalisten, die grossen Einfluss auf die Diplomatie haben, und anderseits der englischen Labourparty zuzuschreiben sind. Es ist merkwürdig, dass fremdes Kapital und fremde Arbeit sich ausgezeichnet zum Schaden des polnischen Staates verständigt haben. Auch die Friedensbestimmungen über den Schutz der nationalen Minderheiten sind uns nicht angenehm. Auch in dieser Hinsicht hat das fremde Kapital gearbeitet.

Wenn man bedenkt, was heute in Polen der Vorwurf, zugunsten Deutschlands gewirkt zu haben, bedeutet, tritt die bedenkliche Tragweite dieser Aesserung in ihren eventuell tragischen Folgen klar zu Tage. Mit dieser Beschuldigung, die wohl ausschliesslich an die Adresse der amerikanischen jüdischen Vertreter gerichtet sein dürfte, giesst Paderewski Oel in die in Polen lodernden Flammen.

Grabski über die Judenklausel.

Wladyslaw Grabski, der bekannte Führer der Nationaldemokraten, Mitglied der poln. Friedensdelegation in Paris, bisher einer der verbissensten Antisemiten, äusserte sich einem Mitarbeiter des Warschauer „Moment" gegenüber u. a.: Sowohl die polnische als auch die jüdische Delegation bestrebten sich, die Rechte der Minderheiten ausschliesslich durch den polnischen Staat garantiert zu wissen. Da jedoch die polnische Delegation sich damals an die Alliierten wendete, als der Friedensvertrag ausgearbeitet wurde, so war die unmittelbare Realisierung der jüdischen Forderungen unmöglich. Es ist klar, dass unter diesen Bedingungen *Polen sich in der Judenfrage auf denselben Standpunkt wird stellen müssen, auf dem die Konvention steht,* was übrigens nicht schwer sein wird. Zum Schluss fügte Grabski hinzu, dass die jüdische Delegation vollständig loyal vorgegangen ist. Wenn man die Minoritätenfrage zu einer internationalen Angelegenheit gemacht habe, so geschah dies nur deshalb, weil die jüdische Delegation sich nicht ausschliesslich aus polnischen Juden zusammengesetzt hat, sondern auch aus Juden anderer Staaten und dass diese Klausel ausser Polen auch andere Staaten betrifft. Auf diese Weise wurde die Angelegenheit schon von sich aus eine internationale. (Es ist natürlich zu begrüssen, dass Grabski die Loyalität der jüdischen Delegierten aus Polen anerkennt, und dadurch die von der polnischen Presse und ganz besonders von den jüdischen Assimilanten Polens erhobenen Vorwürfe des unpatriotischen Verhaltens dieser Delegation, entkräftet. Es ist allerdings möglich, dass Grabski auf diese Weise den Landtag bewegen will, von der drohenden Opposition gegen die Minoritätenklausel abzulassen. Oder dürfte gar schon diese Aeusserung als erste Folge der Morgenthauischen Kommission begrüsst werden? J. P. Z.)

Eine allgemeine jüdische Hilfskonferenz.

Das Komitee der Jüdischen Delegationen in Paris nahm eine Resolution an, in welcher die Notwendigkeit betont wird, für den Oktober oder November dieses Jahres nach Paris oder einer andern europäischen Stadt eine allgemeine jüdische Hilfskonferenz einzuberufen Die Konferenz würde etwa 25 Länder repräsentieren.

Jüdischer Nationalrat in Japan.

Aus *Tokio* wird gemeldet, dass der Verband der japanischen Juden eine Repräsentanz aus 12 Leuten ausgewählt hat, um als Jüdischer Nationalrat die Interessen des japanischen Judentums zu vertreten.

Blasphemie.

Der bekannte Führer der jüdischen Assimilanten in Warschau, Dr. *Nussbaum,* veröffentlicht in seinem, wie auch im Namen vieler Gesinnungsgenossen, in den Warschauer polnischen Zeitungen einen Offenen Brief an den Viererrat. Nach überschwenglichen Dankesausdrücken für die Wiederherstellung der Selbständigkeit Polens wird unter anderem ausgeführt: Wir sind ungehalten, weil Ihr der deutschen Sprache, deren sich aus religiösem Fanatismus die jüdischen Massen bedienen, um sich von der christlichen Umgebung abzusondern, und die keinesfalls die jüdische Nationalsprache ist, eine privilegierte Stellung gegeben habt. Wir sind Polen mosaischer Konfession, aber wir können uns nicht den vielen, *mittelalterlichen* Vorschriften des Talmuds unterwerfen. *Das Dogma der Sabbat-*

ruhe, wie es der Talmud festlegt, lässt sich keineswegs in Uebereinstimmung bringen mit den gegenwärtigen gesellschaftlichen und kulturellen Begriffen. Nicht einmal in Palästina könnte heute das jüdische Volk den talmudischen Verordnungen über die Sabbatruhe nachleben, falls dort nicht ein Teil der Bevölkerung andersgläubig wäre. Und jetzt im zwanzigsten Jahrhundert wollt Ihr im Zentrum Europas einem christlichen Volke talmudische Vorschriften des mosaischen Glaubens aufzwingen? Wir protestieren gegen eine jüdisch-kulturelle Autonomie in Polen, hauptsächlich in der Schulfrage, weil Ihr dadurch eine Scheidewand zwischen den Bürgern des Landes aufrichtet. (Zur Charakterisierung des Dr. Nussbaum sei erwähnt, dass eine kürzlich aus Warschau hier eingetroffene, führende amerikanische Persönlichkeit dem Vertreter der „Jüdischen Presszentrale Zürich" erklärt hat, unter den vielen tausenden Einvernommenen, wäre Dr. Nussbaum der einzige gewesen, der seiner Befriedigung über die derzeit in Polen herrschenden Zustände, Ausdruck verliehen habe. J.P.Z.)

Chronik.

Polen.

Drohende Einstellung der amerikanischen Lebensmitteltransporte nach Polen.

Holländische Zeitungen berichten, *Hoover* habe Paderewski eine offizielle Note gesandt, worin er auf die ungerechte Verteilung der amerikanischen Lebensmittel an die Bevölkerung Polens hinweist. In der Note wird ferner von Einstellung der Zufuhren gesprochen, wenn bei der Verteilung der amerikanischen Produkte auch weiterhin Unterschiede zwischen den verschiedenen Teilen der Bevölkerung, der Religion oder Sprache nach, gemacht werden sollten.

Polen erhält keinen amerikanischen Kredit.

Beim Empfang der polnischen Presse Warschaus erklärte Botschafter *Morgenthau* nach einer Melduug der polnischen Gesandtschaft in Wien u. a.: Es liege im Interesse des amerikanischen Volkes, dass in Polen, welchem amerikanisches Kapital zum Wiederaufbau der zerstörten und zur Gründung der neuen Industrie verhelfen soll, Ordnung und Ruhe herrsche. Der innere Streit zwischen der polnischen und jüdischen Bevölkerung würde auch die Gewährung der amerikanischen Kredite an Polen infolge der Unsicherheit der Verhältnisse ungünstig beeinflussen.

Zwei Stunden Sonntag-Handel.

In Landtagkreisen wird versichert, dass demnächst ein Gesetz-Projekt eingebracht werden soll, wonach den Juden, die am Samstag ihre Geschäfte geschlossen halten, gestattet werde, am Sonntag während zweier Stunden ihrem Handel nachzugehen. Es steht dies im Zusammenhang mit dem Gesetz, das im allgemeinen die Handelszeit normieren wird.

— *Pralon*, der französische Gesandte in Warschau ersuchte den Abg. Grünbaum, ihm die am Bartabschneiden beteiligt gewesenen französischen Soldaten namhaft zu machen, wobei der Gesandte sein Bedauern darüber aussprach, dass solche Vorfälle, die in Frankreich unmöglich wären, in Polen vorkommen konnten. Er ersuchte der Jüdische Nationalrat möge ihn vor der Einvernahme der misshandelten Juden verständigen, um der Untersuchung persönlich beiwohnen zu können.

Warschau. Unter den sechzigtausend Bahnarbeitern hat die „Dwa Grosze" doch einen Juden herausgefunden, der Magid heisst und noch aus der deutschen Okkupationszeit als Büroangestellter geblieben ist. Die genannte Zeitung schreibt: Es wäre interessant zu wissen, was die Bahnverwaltung bewogen hat, diesen Juden weiter im Dienste zu behalten. „Wir können stolz auf unsere Gleichberechtigung in Polen sein", bemerkt dazu das „Judisze Folk" vom 20. Juli 1919.

Galizien.

Schritte zur Befreiung der in Brest-Litowsk internierten Juden.

Das Zentralkomitee der polnischen zionistischen Partei hat Schritte unternommen, um die in Brest-Litowsk internierten Juden aus Ostgalizien, zu befreien. Die Bemühungen hatten insoferne Erfolg, als sich eine gemischte Kommission aus Militär- und Zivilpersonen gebildet hat, um die Frage dieser Internierten zu untersuchen. Vor kurzem hat sich Abg. Dr. *Thon* nach Brest begeben, um dort zu Gunsten der Internierten zu intervenieren.

— Das Hilfskomitee der polnischen Juden wendet sich in einem Memorandum, nach Schilderung der katastrophalen Ernährungsverhältnisse in Kleinpolen (Westgalizien) an den Generaldelegierten Dr. *Galecki,* mit der Bitte, Mittel zu ergreifen wider den seitens der Bauernbevölkerung gegen die Juden durchgeführten Boykott. Infolge der Hetze verweigere die bäuerliche Bevölkerung den Juden jeglichen Verkauf von Lebensmitteln, sodass der jüdischen Bevölkerung, die selbst zu den höchsten Preisen die allernotwendigsten Lebensmittel nicht erhalten kann, der Hungertod drohe. Auch Dr. Landau, der Präsident des Hilfskomitees intervenierte in derselben Angelegenheit. Der Generaldelegierte erliess ein Rundschreiben an alle Bezirkshauptmannschaften im Sinne der Forderungen des Memorandums, woraufhin es in einigen Orten zu einer tatsächlichen Besserung der Verhältnisse kam.

— Wie die „Wiener Morgenpost" erfährt, sind die drei Vertreter des Ostgalizischen Jüdischen Nationalrates zu einer Sitzung der Kommission für polnische Angelegenheiten bei der Friedenskonferenz eingeladen gewesen, um über die Stellung der Juden zur Frage Ostgaliziens Informationen zu erteilen.

Tschecho-slovakischer Staat.

In höchster Verzweiflung.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlichen die Prager „Zidovske Zpravy", das Organ des Jüdischen Nationalrates, einen stark zensurierten Artikel über die trostlosen Zustände in der Slovakei, der auch vom „Jüdischen Volksblatt" in Mährisch Ostrau abgedruckt wird. In dem hier im Auszug wiedergegebenen Artikel heisst es: „Wir glauben, dass heute, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse der Republik in einem geradezu beklagens-

werten Zustande sind, sich die Regierungskreise mit Vorgängen befassen sollten, welche das Ansehen der tschecho-slovakischen Republik im Auslande schädigen und unserer Valuta entschieden nicht zum Nutzen gereichen. Heute geht es nicht mehr um eine Vorherrschaft der Juden in der Slovakei, sondern um die *blosse Respektierung ihrer Menschenrechte,* welche trotz den Beschlüssen der Friedenskonferenz und trotz den bindenden Erklärungen der Vertreter der Republik auf die niedrigste Weise verletzt werden.

Das slovakische Volk wird nicht dadurch gehoben werden, dass die Juden unter das Niveau menschlicher Achtung erniedrigt werden. Judenfeindliches Eifern wird die Slovaken nicht Liebe zur Republik lehren. Und um diese Liebe zur Republik geht es, diese Liebe, die die Republik von *allen* braucht, welche in ihren Grenzen wohnen, in der einander zu übertreffen, der edelste Ehrgeiz jedes Einzelnen sein soll. Nicht auf vorteilhaften Verträgen und Gunstbeteuerungen, sondern auf der Liebe zur Republik und auf ihrer Gerechtigkeit gegen alle, ohne Unterschied, ruht die Republik".

Prag, 26. Juli. Heute wurde im jüdischen Rathause der für zwei Tage anberaumte tschecho-slovakische Zionistentag in feierlicher Weise eröffnet. Die Tagung wird sich insbesondere mit der Frage des Nationalfonds und der Neuorganisierung der Partei auf Grund der geänderten Staatsverhältnisse befassen. Seitens der deutschböhmischen Zionisten ist eine starke Opposition zu erwarten.

Ungarn.

Grausame Verfolgung jüdischer Flüchtlinge in Ungarn.

Ein Mitglied des Budapester jüdischen Hilfskomitees übermittelt der „Wiener Morgenpost" folgende entsetzliche Einzelheiten, über die letzten, mit raffiniertester Grausamkeit inszenierten Judenverfolgungen im kommunistischen Ungarn, die hier stark gekürzt wiedergegeben seien. Nach der bis zum 15. Juli durchgeführten Anmeldung aller galizischen Flüchlinge, belagerten in der Nacht des 15. Juli Abteilungen der roten Garde die von Juden bewohnten Viertel Budapests, schleppten alle Männer, Frauen, Greise, Kinder und Kranke, auch ungarische Juden, aus den Betten, ohne ihnen Zeit zu lassen auch nur ein Stückchen Brot zu sich zu nehmen, und trieben sie herdenweise ins Schubhaus. Drei Tage lang, bis Freitag den 18. Juli, mussten gegen 3000 Juden in brennender Sonnenglut auf dem Steinpflaster ausharren. Genosse *Horty* führte höchstpersönlich die Untersuchung. Entgegen dem abgegebenen Versprechen, wurde ihnen alles Geld, vor allem das „blaue", fortgenommen und einem jeden im maximum 5000 Kronen im wertlosen „weissen" Gelde ausgefolgt. Es halfen keine Bitten und Rekurse. „Alle werden abgeschoben", lautete der Befehl Hortys. Selbst Leute, die schon mehr als 20 Jahre in Budapest wohnen und schon vor Jahren die ungarische Staatsbürgerschaft erworben haben, mussten binnen 8 Tagen die Stadt verlassen, darunter Leute die fünf Jahre als „Honvéd" an der Front dienten. Da Horty allein, ohne irgend welche Assistenz, die Untersuchung führte, mussten die Unglücklichen einige Tage „vergattert" unter freiem Himmel stehen, wobei auch mehrere Unglücksfälle vorkamen. Eine schwangere Jüdin bekam einen Blutsturz und starb an Ort und Stelle. Ein kleines Kind wurde zu Tode getreten. Bei der Einwaggonierung der Abgeschobenen wurden drei jüdische Kinder zertreten. Beim Abtransport schrie der verwildete Pöbel: „Wozu führt man diese Leute weg, nehmet lieber Maschinengewehre und erschiesst die ganze Bande". Nach schwerer Mühe gelang es dem Hilfskomitee der Budapester Juden zu erwirken, den Flüchtlingen am Bahnhofe Brot und Kaffee reichen zu dürfen. Als die Komiteemitglieder auf den Bahnhof kamen, wurde ihnen erklärt der Zug sei bereits in Komorn. Sie fuhren bis Raab nach, aber auch dort trafen sie den Zug nicht mehr an. Was mit den unglücklichen Juden weiter geschehen ist, ist bisher unbekannt.

Deutsch-Oesterreich.

Der Gang zum Grabe Herzls.

Anlässlich des fünfzehnten Todestages Theodor Herzls, organisierten die Wiener Zionisten, wie alljährlich am 20. Juli, einen Gang zu seinem Grabe. Die grandiose Manifestation des jungjüdischen Gedankens erwies die gegenwärtige Kraft der zionistischen Organisation. Mehr als 20,000 Teilnehmer zählte der Zug, der in lautloser Stille am Grabe des Schöpfers der zionistischen Weltorganisation vorüberzog, und zweieinhalb Stunden dauerte die Defilierung.

— Der Jüdische Nationalrat für Deutschösterreich übermittelt uns ein von Dr. *Chajes,* Oberrabbiner von Wien und Abgeordneter *Stricker* an den in St. Germain weilenden deutschösterreichischen Staatskanzler *Renner* gerichtetes Telegramm folgenden Wortlautes: Wir erfahren, dass das Staatskabinett die Ausweisung von Kriegsflüchtlingen aus Wien dekretieren will. Infolge Stadtgesetzes würde diese Massnahme trotz allgemeinen Charakters nur Ostjuden treffen. Da mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Zustände in Galizien, Leute in Krieg und Pogrome zu jagen, eine unerträgliche Grausamkeit bedeuten würde und zudem diese Maßnahme, ohne nennenswerte Erleichterung in der Verproviantierung herbeizuführen, eine grosse jüdische Protestbewegung in der ganzen jüdischen Welt verursachen würde, die den deutsch-österreichischen Interessen naturgemäß schaden würde, und da auch der Transport technisch undurchführbar ist, bitten die Unterzeichneten als Deutschösterreicher und als Vertreter der Juden diesbezüglich auf den Staatsrat einzuwirken.

Deutschland.

Demokraten und Konservative.

Auf dem in Berlin abgehaltenen Parteitag der Demokratischen Partei führte Referent Senator Dr. Petersen u. a. aus: Der zweite verhängnisvolle Fehler des vorrevolutionären Regiments war, dass die Sozialdemokraten als Verbrecher stigmatisiert wurden. Mit solcher Tätigkeit fangen die Konservativen wieder an. Sie bezeichnen ganze Klassen der Bevölkerung als minderwertig, insbesondere unsere Mitbürger jüdischen Glaubens. Dass sich unter den Unabhängigen und Kommunisten auch Leute befinden, die zufällig Juden sind, bedauern die Juden am meisten. Wir protestieren aber gegen diese

Hetze gegen unsere jüdischen Mitbürger. Man darf nicht vergessen, wie schnell und kurz heute der Weg von dem verhetzenden Wort zur Tat ist und was die Konservativen und Antisemiten im deutschen Volke noch anrichten können, wenn sie weiter nach solchen Rezepten arbeiten. Wir müssen diese Politik an den Pranger stellen; Wir müssen den Hetzern zurufen: Ihr habt mit dieser Politik schon einmal unser Volk an den Rand des Abgrundes gebracht. Hütet Euch, dass das noch einmal geschieht!

Berlin, 28. (Wolff.) Unter der Ueberschrift „Der erste Pogrom in Berlin" erzählt die „Daily News" ihren Lesern allerhand Mordgeschichten. Die antisemitische Propaganda, die sehr lebhaft und mit Geldmitteln reichlich versehen sei, habe bereits den ersten Pogrom herbeigeführt und es seien dabei von Soldaten und von gutgekleideten jungen Leuten in einer von armen Juden bewohnten Strasse die Läden geplündert und andere brutale Ausschreitungen begangen worden. — Wenn die „Daily News" weiter erzählt, dass in Deutschland die antisemitische Propaganda stark betrieben wurde, so ist das allerdings wahr, sicherlich wird bei uns von antisemitischer Seite gehetzt. Dass diese Hetze aber zu Pogromen geführt hätte, ist eine glatte Unwahrheit, und besonders bedauerlich ist es, dass die „Daily News", ein Blatt, das sich sonst durch publizistisches Pflichtbewusstsein und ernstes Streben nach Objektivität ausgezeichnet hat, jetzt leichtfertig solche Unwahrheiten verbreitet.

— Anlässlich Prof. Otto Warburgs sechzigster Geburtstagsfeier am 20. Juli, beschloss das Aktions-Komitee die Farm Hulda nach Warburgs Namen zu benennen.

— Der bekannte Vorkämpfer des Zionismus Prof. H. Loewe feierte am 29. Juli seinen 50ten Geburtstag.

Frankreich.

Grand-Rabbin Levy gestorben.

Der ehemalige Grand-Rabbin von Frankreich, *Alfred Levy*, der erst vor kurzem von seinem Posten infolge Krankheit zurückgetreten war, (siehe J.P.Z. No. 43) ist im Alter von 79 Jahren verschieden. Früher Rabbiner von Lyon, bekleidete er seit 1908 in Paris das Amt des Grand-Rabbin.

Herzl-Feier in Paris.

In einem Massenmeeting wurde in Paris Herzls Todestag gefeiert. Leider fehlte auf dieser Feier noch immer der bis zum Kriege traditionelle Trauerredner, *Nordau*. Nach der Eröffnungsrede Dr. Günzburgs sprachen Dr. Rosenbaum, Pasmanik, Goldstein und Dr. Jakobson. Ueber die überaus wichtige ausführliche Rede Sokolows der infolge der späten Stunde, den Schluss seiner Rede für nächsten Samstag verschieben musste, werden wir noch ausführlich an anderer Stelle berichten.

Paris. Max Nordau, der sich während des Krieges in Madrid aufgehalten hat, beschloss nicht mehr nach Paris zurückzukehren, sondern bei erster Gelegenheit sich in Palästina niederzulassen. Die Pariser Zionisten machen grosse Vorbereitungen zur Feier des siebzigjährigen Geburtstages Nordaus.

Der Präsident der Petrograder jüdischen Gemeinde Dr. *Salkind* ist am 16. Juli nach Palästina abgereist.

Paris. Der Militärgouverneur von Jerusalem, General *Store*, hat auf der Durchreise in Paris das Lokal der zionistischen Delegation besucht und sich in einem längeren Gespräche mit Sokolow sehr warm und sympathisch über den Zionismus geäussert.

— Die „Temps" vom 26. Juli berichtet: Man kündigt die Ankunft der Herren *Dombski* und Henri *Loewenherz* (sen. poln. Sozialist J.P.Z.) als Delegierte der Stadt Lemberg, in Paris an, die beauftragt sind, der Friedenskonferenz Auskünfte über die Affären in Galizien zu liefern. Herr Henri Loewenherz ist Mitglied des Stadtrates von Lemberg.

Der „Populaire" zum Brief Pichons und über die polnischen Pogrome.

Das Organ der französischen Linkssozialisten greift *Pichon* scharf an wegen seiner Unaufrichtigkeit bei der Beantwortung des Offenen Briefes einer Gruppe von Abgeordneten über die Juden-Pogrome in Polen. „Frankreich, — schreibt der „Populaire" — ist verbündet mit dem reaktionären Polen, das die hohen Prinzipien von Freiheit, Recht und Demokratie vernichtet hat. Von Wilna bis Lemberg vernimmt man die Stimmen der Märtyrer. Und jetzt kommt Herr Pichon und manifestiert doppelzüngig sein Mitgefühl mit den Opfern seines Freundes *Dmowski*. Niemand wird sich aber von dieser Komödie verführen lassen. Die Verantwortlichkeit der französischen Regierung und des „Quai d'Orsay" an den Pogromen wird nicht vergessen werden."

Lyon. Auch hier wurde ein Protestmeeting gegen die Judenpogrome von der Liga zum Schutz der Bürger- und Menschenrechte abgehalten. Es sprachen *Emanuel Levy*, Prof. an der Lyoner Rechts-Fakultät und Stadtpräsident, Senator *Eduard Perrier.*

England.

Weitere Anfragen im Unterhause wegen der polnischen Pogrome.

Auf eine Anfrage von Sir John *Randles* im englischen Unterhaus, ob die polnische Regierung zu einem Schadenersatz für die jüdischen Millionenverluste verhalten werde, antwortete *Harmsworth*, die Kompensationsfrage sei noch nicht aufgeworfen worden, da man bisher keine offiziellen Informationen über die jüdischen Verluste erhalten habe. Lord *Robert Cecil* fragt an, ob irgendwelche an den Ausschreitungen gegen die Juden Schuldige vor Gericht gestellt und verurteilt worden seien. Unterstaatssekretär Harmsworth antwortete, der britische Gesandte in Warschau habe berichtet, dass ein der Ermordung eines Juden Beschuldigter, von einem Spezialtribunal in Rzeszow zum Tode verurteilt und das Urteil vollstreckt worden sei. Sieben andere seien wegen Teilnahme an den Excessen verurteilt worden. Eine Anfrage über die Einzelheiten des Pogroms von Cholm beantwortete Harmsworth dahin, dass der britische Gesandte beauftragt worden sei, über die dort am 3. und 13. Juni vorgekommenen Pogrome eine Untersuchung einzuleiten. (Siehe J.P.Z. Nr. 42.)

— *Mr. Clynes*, der Vice-Vorsitzende des parlamentarischen Komitees der Arbeiterpartei richtete an den Aussenminister die Anfrage, ob ihm bekannt sei, dass am 16. Juni Soldaten, die einer polnischen Ulanen-Division angehörten, beim Einmarsch in *Kolomea* in

Slobodka-Lesna eine Farm, die der Ica, einer englischen Gesellschaft, die im Office at. 16, Old Broad Street registriert ist, überfallen habe und drei junge jüdische Studenten, die an der dortigen Agrikulturschule sich als Landarbeiter für Palästina ausbildeten, erschossen haben. Er fragte weiter, ob der Minister den englischen Vertreter in Warschau bevollmächtigen werde, sofort eine gründliche Untersuchung dieser Vorfälle vorzunehmen und ob er, falls dieser Bericht sich als wahr erweisen sollte, fordern werde, dass die an diesen Gewalttaten schuldigen Soldaten bestraft werden und die Familien der Opfer Schadenersatz erhalten.

Der Vertreter des Aussenministers, *Harmsworth*, erklärte: Ich habe noch keine offizielle Information wegen der Vorfälle auf der Ica Farm, die im ersten Teile der Anfrage berührt werden, erhalten; aber ich habe bereits von S. M. Vertreter in Warschau telegraphisch einen Bericht eingefordert. So lange dieser Bericht nicht vorliegt, kann ich nicht erklären, welche weiteren Schritte zu unternehmen, notwendig sein wird.

— Im Unterhause richtete *Kenworthy* an den Kriegsminister die Anfrage, weshalb das Pressejournal der Alliierten, die „Review of the Foreign Press“ in seiner, Polen gewidmeten Abteilung, bloss Auszüge aus den polnischen Zeitungen bringe. Da diese Auszüge fast ausschliesslich sich mit der jüdischen Lage befassen, die sie in einseitiger Beleuchtung darstellen, frage er den Minister, ob er denjenigen, die für diese Beilage verantwortlich sind, Weisung geben werde, dass die kommenden Nummern auch Auszüge aus den jüdischen Zeitungen Polens enthalten, sodass man eine klare Vorstellung der jüdischen Lage in jenem Lande erhalte.

Kriegsminister *Churchill* erklärte, dass man bis zu dieser Woche keine regelmässige Kopien der jüdischen Zeitungen erhalten konnte. In der nächsten Nummer der vereinigten Press-Beilage, werden auch Auszüge aus drei jüdischen Warschauer Zeitungen erscheinen, was auch für die Folge zu hoffen sei.

Die Lage der internierten galizischen Juden.

Reuter meldet: Fürst *Sapieha*, der neue polnische Gesandte in London, wandte sich an die englische Regierung mit der Forderung, alle polnischen Juden feindlicher Abstammung (d. h. gewesene Galizianer und Posener) die in England interniert sind, zu befreien. Es betrifft dies etwa 2000 ehemalige Oesterreicher oder Deutsche, die während des Krieges interniert worden sind.

Holland.

— Der Amsterdamer A. F. Korrespondent der „Jüdischen Presszentrale Zürich“ telegraphiert:

Das Holländische Anti-Pogrom-Komitee veranstaltete im Concertgebouw, Amsterdam, eine Versammlung gegen die Pogrome, der zahlreiche Delegierte ganz Hollands und viele tausende Juden und Christen beiwohnten. Alle grossen jüdischen Organisationen und auch viele christliche waren vertreten. Vor der Versammlung fanden Trauergottesdienste statt. In christlichen Kirchen wurde gleichzeitig für die Opfer gebetet. Nach Reden des Oberrabbiners und vieler anderer angesehener Persönlichkeiten bewegten sich ungeheure Züge durch die Stadt. Die Zahl der Teilnehmer am Zuge betrug mehr als 30000. Alle Diamantarbeiter legten die Arbeit nieder. Man beschloss, an die Friedensdelegationen in Paris und die Grossmächte folgende Resolution zu drahten:

Die Versammlung holländischer Juden, die am 27. Juli 1919 im Concertgebouw zu Amsterdam stattfand und veranstaltet war von dem niederländischen Zionistenbunde, der niederländischen Abteilung der Jewish Territorial Organisation u. dem Verein für die religiöse und moralische Aufrichtung der Juden in Holland, drückt ihre Empörung und ihr Entsetzen über die Ermordung, Misshandlungen, Beraubungen und Unterdrückung, denen die Juden in Ost-Europa ausgesetzt sind, aus. Sie sieht in dem Friedensvertrag eine Garantie für die religiösen und politischen Rechte der Juden in Ost-Europa, hauptsächlich in Polen, Rumänien und der Ukraine. Sie drückt ihre Zuversicht aus, dass der Völkerbund die Rechte der Juden durch genaues Nachkommen der Artikel des Friedensvertrages sichern wird und dass sie mit allen zu ihrer Verfügung stehenden Mitteln den Exzessen im Osten Europas ein Ende machen wird.

— Unter Leitung von Frau *Anitta Müller*, die sich um die jüd. soziale Fürsorge sehr verdient gemacht, und die bereits 750 jüd. Kinder zur Erholung nach der Schweiz gebracht hat, begeben sich 500 jüdische Kinder nach Holland. Ende August werden weitere 1000 jüd. Kinder in der Schweiz erwartet.

Amerika.

New-York. Am 11. Juli fand hier eine Konferenz der Vertreter der russisch-polnischen Juden statt, an der sich 80 Delegierte beteiligten, die 40 Organisationen verschiedener amerikanischer Städte repräsentierten. Nach Schilderung der Lage der Juden im Osten, wiesen die Redner auf die Notwendigkeit hin, das Judentum der ganzen Welt zu vereinigen und einen allweltlichen jüdischen Permanenz-Kongress einzuberufen. Der Verein der polnisch-russischen Juden wird gemeinsam mit den andern jüdischen Organisationen aktiven Anteil an der Arbeit für diesen Kongress nehmen. Mit enthusiastischer Begeisterung wurde einstimmig eine Resolution gefasst, 2 Millionen Dollar für die leidenden Juden in Polen und Russland zu sammeln.

— Das „Joint Distribution Committee“ hat Anstalten für die Versorgung Hunderttausender von jüdischen Kriegswaisen getroffen. Es ist geplant, ein Büro zu errichten, welches in direkter Verbindung mit Kinderfürsorge-Anstalten aller Länder handeln soll, in denen sich bedürftige Kriegsweisen befinden. Das erste Büro wird in Palästina errichtet werden, wo die Zahl jüdischer Kriegswaisen 3—4 Tausend beträgt.

— Mitglieder der jüdischen Gemeinde in Baltimore haben die benötigten 350,000 Dollar für das neue jüdische Waisen-Asyl aufgebracht. In der ersten Komitee-Sitzung war die Summe von 243,000 Dollar in weniger als 2 Stunden gezeichnet.

— Die Delegierten-Wahlen für den 22. amerikan. Zionisten-Kongress haben im ganzen Lande am 29. Juni stattgefunden. Der Kongress wird am 11. September in Chicago eröffnet werden.

— Rabbi *Stephen Wise* von New-York hat dem National-Committee der amerikanischen Arbeiterpartei seine Dienste zwecks Einigung mit der Stahl-Industrie angetragen. Samuel *Gompers* hat das Angebot von Rabbi Wise akzepiert.

— Der Mitbesitzer einer hebräischen Druckerei in New-York, Herr *Chaim Gruschkin* hat eine Maschine erfunden, mit der man hebräische Lettern mit Puktierung setzen kann.

Palästina.

Reiche Spende für die grosse Jeschiwah in Jerusalem.

Einem Privatbriefe des verehrten Rabbiners *Cook* entnehmen wir, dass für die von der „Histadruth Jeruscholajim" geplante grosse Jeschiwah zu Jerusalem, in Amerika eine Anfangs-Spende von 300.000 Dollar gezeichnet worden ist. Das Exekutivkomitee geht jetzt daran, für diese Jeschiwah ein entsprechendes Grundstück in Jerusalem zu erwerben.

Die Presse-Abteilung beim Zentralbüro der Agudas Jisroel teilt uns mit:

Ebenso wie der Waad Hair Aschkenasim wurde auch das *vereinigte* sefardische und aschkenasische *Rabbinat* der Stadt *Jerusalem* von der interalliierten Kommission empfangen. Die Deputation, die von den Vorsitzenden des Rabbinates, *Eljaschar* und *Schuhwachs* geführt wurde, brachte ebenfalls den Wunsch zum Ausdruck, dass bei der Verwirklichung der Balfour'schen Deklaration Vertreter der orthodoxen Organisationen, wie *„Agudas Jisroel"*, zugezogen werden mögen.

— Die Regierung erneuerte die Handelskammer in Jerusalem, Jaffa und Haifa. Die Kammer hat sich auf folgende Weise konstituiert: Vorsitzender ist der Gouveneur Jerusalems oder dessen Stellvertreter; ausserdem nehmen zwei Regierungsbeamte als Mitglieder des Komitees für Administrationsangelegenheiten teil. Vicevorsitzende sind je ein Direktor der folgenden Banken: Anglo-Egypte, Anglo-Palestine, Crèdit Lyonnais. Ausserdem setzte die Regierung *4 Juden*, 2 Mohammedaner und 2 Christen als Komiteemitglieder ein.

— In der letzten Juniwoche sind in Haifa ungefähr 100 junge Juden eingetroffen. Sie kamen mit einem italienischen Schiff aus Polen, Bulgarien, und Rumänien an. Sie machen einen guten Eindruck; einige von ihnen sprechen hebräisch. Sie teilen mit, dass tausende und abertausende junge Juden unterwegs sind und unter den abenteuerlichsten Umständen reisen, um nur nach Palästina zu gelangen, und dies, weil man die Immigration mit aller Kraft einzuschränken sucht.

— Der Redakteur des „Hapoel Hazair" *Josef Ahronowitsch* und Frau, Schriftstellerin *Deborah Baron*, sind aus Kairo in Jaffa eingetroffen, wo ihnen ein herzlicher Empfang bereitet wurde. Der hebräische Dichter *Jakob Fichmann* ist mit Familie aus Rußland nach Jaffa gekommen.

— Israel *Rosoff* aus Petrograd, Mitglied des G. A. C. ist kürzlich in Palästina angekommen.

— Die Cunard Linie hat einen regelmässigen Dienst von zwei Dampfern zwischen Amerika und der Levante mit speziellen Haltestellen in Alexandrien und Jaffa angekündigt.

— Die in Petrograd gegründete Bauvereinigung (Habone), die Häuser für die Emigranten in Palästina bauen will, hat unter Leitung des Herrn Goldberg begonnen, Häuser und Hotels in Jaffa und Haifa zu bauen. Die Grundsteinlegung eines Hotels in Tel Awiw bei Jaffa ist feierlich begangen worden. In Haifa wurde ein Kontrakt mit einer Gruppe jüdischer Arbeiter für die Bauarbeiten geschlossen. Seitens der medizinischen Abteilung der amerikanischen Zionisten „Hadassa" soll in Haifa ein grosses Krankenhaus errichtet werden.

Schweiz.

Weizmann in der Schweiz.

Dr. Chaim Weizmann ist dieser Tage in Luzern eingetroffen und nach Engelberg weitergereist. Es verlautet, dass *Warburg, Ruppin* und *Hantke* nach der Schweiz gekommen sind und dürften in Engelberg wichtige Beratungen stattfinden.

Konferenz der schweiz. ostjüdischen Organisationen.

Das Aktionskomitee der ostjüdischen Organisationen in Zürich beruft auf den 17. und 18. August 1919 nach Zürich eine Konferenz sämtlicher ostjüdischen Organisationen in der Schweiz ein.

Presse- und Verlags-Notizen.

„Humanité" vom 14. Juli veröffentlicht einen Artikel von Dr. Leon Reich über die jüdisch-polnischen Beziehungen, der das s. Z von der Humanité veröffentlichte Interview mit Dr. Libermann widerlegt. Die Humanité ist anscheinend mit den Ausführungen Dr. Reichs einverstanden, da sie redaktionell erklärt, die Juden strebten nicht nach einem „Staat im Staate" sondern forderten nur Sicherung ihrer ethnischen und religiösen Minderheitsrechte.

— Nr. 1 der neugegründeten Wochenzeitschrift „Suisse-Orient", die seit dem 30. Juli in Bern erscheint, bringt einen schwungvoll gehaltenen Aufsatz von Joseph Messinger, betitelt „Der Zionismus als Weltproblem". Die Zeitschrift enthält ferner einen sehr interessanten Artikel „Zur Erkenntnis Russlands" aus der Feder des bekannten Publizisten Dr. A. Charasch.

— Im reichhaltigen Heft 3 von „Erez Israel", den im Haag erscheinenden Mitteilungen des Jüd. Nationalfonds, befasst sich der bedeutende jüd. Politiker Ing. S. Kaplansky mit dem Finanzierungsproblem Palästinas.

— In Pressburg erscheint seit dem 15. Juli unter Leitung von Dr. Elek Füredi eine neue zionistische Halbmonatsschrift „Jüdische Rundschau".

— „Zidowska skola" (Jüdische Schule) betitelt sich die für Czechien neu geschaffene Lehrerzeitung.

— „Joodsche Wachter" beabsichtigt, eine Beilage mit einer besonderen „Palästina-Rubrik" seiner Wochennummer regelmässig beizugeben. „Handelsblad" vom 20. Juni bringt einen eigenen Sonderbericht seines Jerusalemer Korrespondenten über die internationale Kommission in Palästina.

— Das holländische Wochenblatt „De Amsterdammer" bringt in seiner Nummer vom 12. Juli ein Fragment von Bialiks Dichtung „Megillath Haesch!"

— Das „Komitee der Jüdischen Delegationen bei der Friedenskonferenz in Paris" veröffentlicht eine Schrift „La Question Juive en Pologne" von Dr. Joseph Tennenbaum. Der Verfasser kommt nach einer gründlichen Untersuchung der jüdischen Frage in Polen zu dem Resultat, dass die völlige Gleichstellung der jüdischen Bevölkerung, verbunden mit nationaler Autonomie, die besten Mittel sind, um ein friedliches Zusammenleben der polnischen und jüdischen Bevölkerung des Landes zu ermöglichen.

— Max Blockzyl, der Redakteur des „Allgemenen Handelsblades" in Amsterdam, veröffentlicht eine Broschüre über die Judenpogrome in Lemberg in englischer Sprache unter dem Titel: „Poland, Galicia and the Persecution of the Jews at Lemberg."

— Die durch den Krieg unterbrochene wöchentliche, palästinensische Jugendzeitschrift „Moledet" ist wieder unter der Redaktion des hebräischen Dichters Jakob Fichmann erschienen.

— „Hebrew Publishing Company" hat eine Uebersetzung von Professor Graetz's „Volkstümlichen Geschichte der Juden" herausgegeben.

— Im Dreiländerverlag beginnt Martin Buber mit einer Schriftenreihe: „Worte an die Zeit". Die beiden ersten schon erschienenen Hefte sind betitelt: „Grundsätze" und „Gemeinschaft". In Vorbereitung sind u. a. die Hefte „Jenseits der Politik", „Die Problematik der Kultur", „Die religiöse Kraft", „Ueber den Völkern", „Vom Wahn der Einrichtungen", „Herrschaft und Führung", „Das Prinzip der Revolution" und „An die Jugend".

Die „J.P.Z." ist eine Privatagentur — Druck von Kopp-Tanner, Zür'ch